



Leseprobe

Kortendieck

Volkswirtschaftslehre kompakt – Mikroökonomie und Makroökonomie

VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

Studienbrief 2-020-2801

2. Auflage 2013



HOCHSCHULVERBUND DISTANCE LEARNING

Impressum

Die berufsbezogenen Weiterbildungsstudiengänge Sozialmanagement und Öffentliches Dienstleistungsmanagement in der Studienform Fernstudium wurden als Projekt entwickelt und durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung gefördert.

Verfasser: **Prof. Dr. Georg Kortendieck**

Professor für Betriebswirtschaftslehre im Sozialen Sektor/Sozialmanagement
an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Fakultät Soziale Arbeit

Der Studienbrief wurde auf der Grundlage des Curriculums für das Modul „Volkswirtschaftslehre“ verfasst.
Die Bestätigung des Curriculums und des Studienbriefes erfolgten durch den

Fachausschuss für Sozialmanagement,

dem folgende Mitglieder angehören:

Dr. P. Bachmann (TH Wildau (FH)), Prof. Dr. H. Bassarak (FH Nürnberg), RD G. Guldner (em., TH Wildau (FH)), Prof. Dr. L. Kolhoff (Ostfalia Hochschule), Prof. D. Kramer PhD (ASH Berlin), Dipl.-Philosoph T. Liewald (Parität. Akademie gGmbH, Berlin), Prof. Dr. K. Schellberg (EFH Nürnberg), Prof. Dr. G. Schwarz (em., HS München/Inst. f. Sozialmanagement, München), Prof. Dr. L. Ungvári (TH Wildau (FH)), Prof. Dr. S. Wagner (Parität. Akademie gGmbH, Berlin), Prof. Dr. A. Wöhrle (HS Mittweida), Dr. R. Wulfert (Service-Agentur des HDL, Brandenburg).

2. Auflage 2013

ISBN 978-3-86946-171-7

Redaktionsschluss: August 2013

Studienbrief 2-020-2801

© 2013 by Service-Agentur des Hochschulverbundes Distance Learning.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung der Service-Agentur des HDL reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Service-Agentur des HDL
(Hochschulverbund Distance Learning)

Leiter: Dr. Reinhard Wulfert
c/o Agentur für wissenschaftliche Weiterbildung und Wissenstransfer e. V.
Magdeburger Straße 50, 14770 Brandenburg

Tel.: 0 33 81 - 35 57 40 E-Mail: kontakt-hdl@aww-brandenburg.de
Fax: 0 33 81 - 35 57 49 Internet: <http://www.aww-brandenburg.de>

Inhalt

Abkürzungen	4
Einleitung	5
Literaturempfehlung	7
1 Einführung in die Volkswirtschaftslehre	7
1.1 Gegenstand der Volkswirtschaftslehre	8
1.2 Einführung in das volkswirtschaftliche Denken	9
1.3 Methodologische Grundlagen	11
1.4 Der homo oeconomicus: Der Nutzenmaximierer	13
2 Mikroökonomie: Das Handeln des Einzelnen im Markt	14
2.1 Bedürfnisse, Bedarf und Nachfrage	15
2.2 Güter, Produktion, Kosten und Angebot	22
2.3 Angebot und Nachfrage auf dem Markt	31
2.4 Angebot und Nachfrage: Wie reagieren die Märkte?	37
2.5 Spezialisierung und Austausch	41
2.6 Gewinn, Unternehmertum und Marktformen	45
3 Makroökonomie: Aggregate und Gesamtmärkte	55
3.1 Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als Ex-post-Analyse	58
3.2 Die makroökonomische Ex-ante-Analyse	61
3.2.1 Der Gütermarkt	63
3.2.2 Der Arbeitsmarkt	66
3.2.3 Konsum, Sparen und Investitionen	69
3.2.4 Geldmenge, Zins und Preisniveau	74
Lösungen zu den Kontrollfragen	80
Literaturverzeichnis	84
Sachwortverzeichnis	86

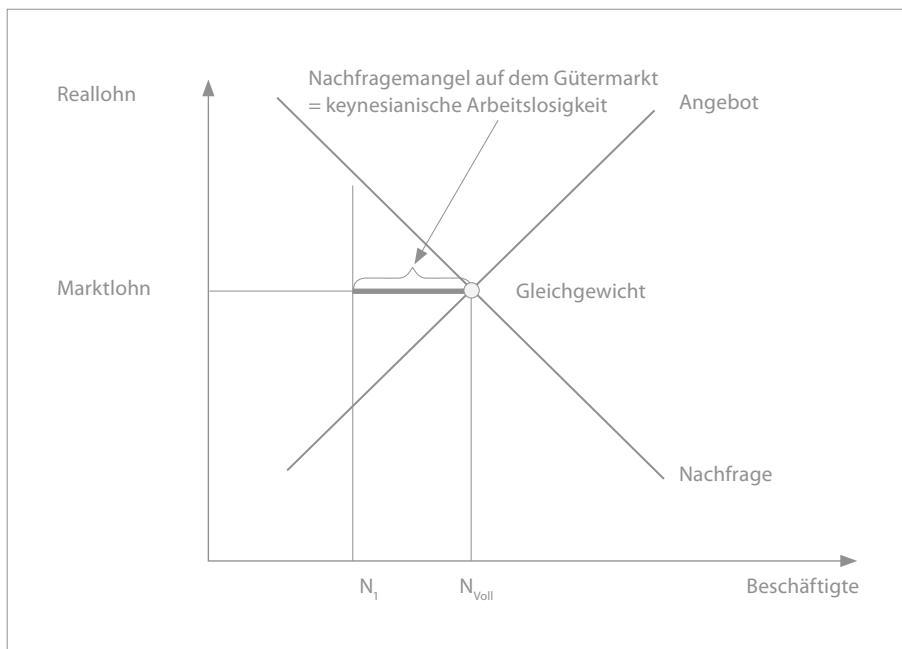


Bild 3.7 Der Arbeitsmarkt: keynesianische Arbeitslosigkeit

Typischerweise teilen Gewerkschafter eher keynesianische Erklärungsmuster, Arbeitgeber dagegen klassische Ansätze.

3.2.3 Konsum, Sparen und Investitionen

Der Arbeitsmarkt ist dann im Gleichgewicht, wenn die Unternehmen in ihren langfristigen Angebotsplänen annehmen, dass ihr Output bei Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren und einer gegebenen Produktionstechnologie abgesetzt wird. Sie investieren so, dass das Grenzprodukt ihrer **Investitionen** gerade dem aufzubringenden Zins entspricht. Kurzfristig lassen sie sich aber weniger vom Zins, sondern eher von der Güternachfrage (Entwicklung) leiten. Ihre Erwartungen und damit ihre Investitionsentscheidungen hängen vor allem am Konsum der Haushalte, des Staates und des Auslandes. Der Zins als Preis für Investitionen spielt nur eine untergeordnete Rolle.

B 3.1 Sie wollen ein Haus bauen. Wovon hängt diese Entscheidung ab? Primär wahrscheinlich davon, ob Sie erwarten, dass Ihr Arbeitsplatz sicher bleibt und Sie auf Dauer in der Lage sind, den Kredit zurückzuzahlen. Erst dann spielt die Zinsbelastung eine Rolle.

Beispiel

Betrachteten wir deshalb die für KEYNES so wichtigen kurzfristigen Entscheidungen der Nachfrager wie Unternehmer.

Die **Haushalte** können ihr Einkommen (Y^a) auf zwei Arten verwenden: für den Konsum C oder für das Sparen S . Es herrscht die einfache Identität:

$$Y^a = C + S$$

Im Gleichgewicht ist das Einkommen gleich der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage:

$$Y^a = Y^n.$$

Der Konsum der Haushalte einer Volkswirtschaft soll vereinfacht aus zwei Komponenten bestehen:

- einem autonomen Konsum (**a**), der unabhängig vom verfügbaren Einkommen ist (entspricht dem absoluten Existenzminimum) und
- einer (marginalen) Konsumquote (**b**), die vom Einkommen abhängig ist (Diese Quote beschreibt die Konsumneigung der privaten Haushalte einer Volkswirtschaft und damit den Einkommensanteil einer zusätzlichen (deshalb: marginalen) Einkommenseinheit, den sie konsumieren, d. h. nicht sparen.).

Die **Konsumfunktion** lautet dann:

$$C = a + bY^a$$

Wenn 15 % des verfügbaren Einkommens gespart werden, beträgt die marginale Konsumquote 85 %.

Im nachfolgenden Beispiel (s. Bild 3.8) wird unterstellt, die Haushalte hätten einen autonomen Konsum von einer Einheit (1) und eine marginale Konsumquote von 0,66 (66 %). Mit anderen Worten: Unabhängig vom Einkommen wird auf jeden Fall eine Einheit ($= a = \text{Existenzminimum}$; zum Beispiel ein Brot, eine Milch, 100 Gramm Wurst, ...) nachgefragt. Mit Erhöhung des Einkommens fragen die Haushalte mehr nach. Im Beispiel (s. Bild 3.8) werden 66 % des Einkommens für Konsumausgaben getätigkt und entsprechend auf den Gütermärkten nachgefragt ($= bY^a$). Die marginale Konsumquote (**b**) gibt damit die Steigung der Nachfragegeraden wieder:

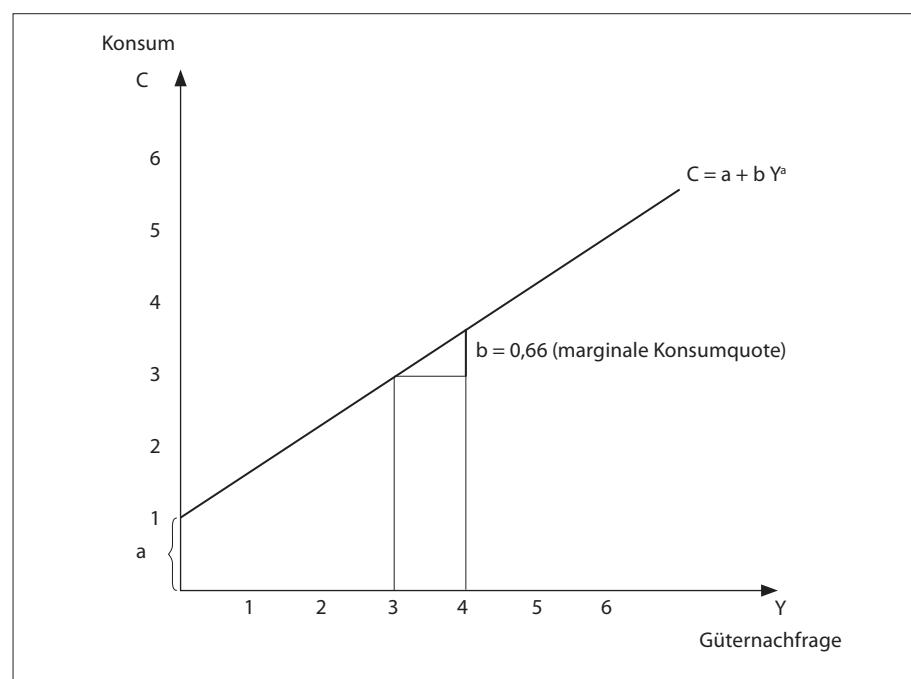


Bild 3.8 Die Konsumfunktion

Wenn die privaten Haushalte 66 % ihrer Einkommen verausgaben (konsumieren), bleiben die restlichen 34 % der Mittel für Sparzwecke. Diese Sparmittel stehen den Unternehmen für Investitionen I zur Verfügung. Die Investitionen stellen einen weiteren Beitrag der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (in diesem Fall der Unternehmen) dar. Vereinfacht gilt, dass die Investitionen I nicht vom Einkommen abhängig und daher autonom sind.

Fügt man nun zu der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage der Haushalte (ihrer Konsumnachfrage) die Nachfrage der Unternehmen (ihre Investitionen) hinzu, ergibt sich im einfachen Kreislaufmodell von Haushalten und Unternehmen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, wie sie in Bild 3.9 dargestellt ist. Die autonomen Investitionen I verschieben die Konsumnachfragekurve nach oben:

$$Y^n = C + I \quad \text{oder}$$

$$Y^n = a + bY^a + I \quad .$$

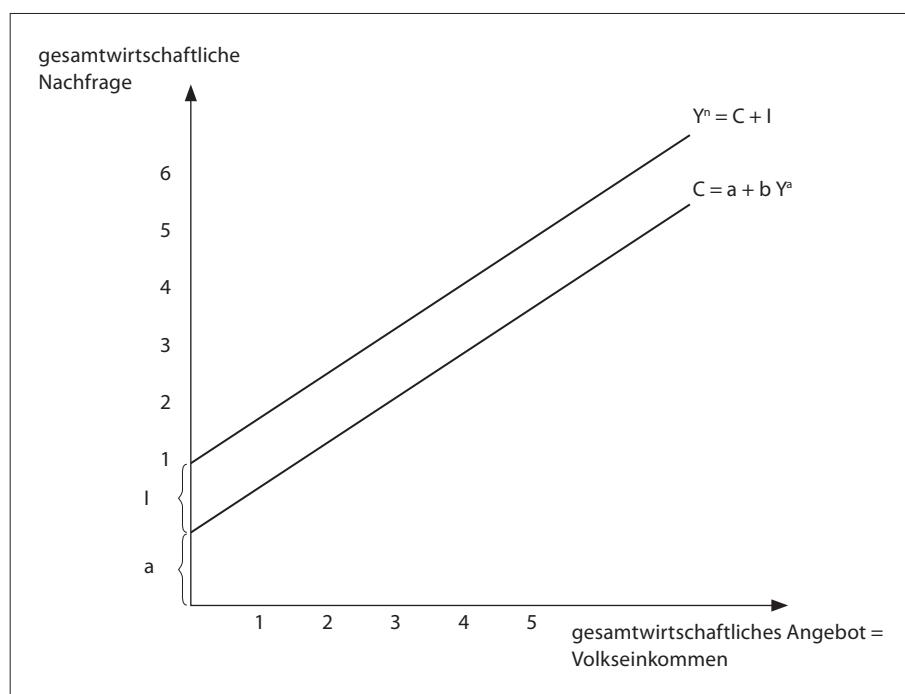


Bild 3.9 Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Abhängigkeit vom Einkommen

Die Güternachfrage ist also aufgeteilt auf den Konsum (der Haushalte) und auf die Investitionen (der Unternehmen). Der Konsum ergibt sich durch das Einkommen, das die Haushalte über die Faktormärkte erhalten (vor allem Arbeitseinkommen) und ist daher vom bereitgestellten Güterangebot abhängig (s. Bild 3.9).

Das **gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht** ergibt sich dann, wenn Angebot und Nachfrage sich entsprechen. Da das Güterangebot selbst wiederum von der erwarteten Güternachfrage abhängig ist, entspricht die Angebotskurve einer 45-Grad-Linie, also einer Gleichsetzung von Angebot und Nachfrage. Infolge des autonomen Konsums und einer realistischen Konsumneigung, die über 50 % liegt (was dem Anstieg der Geraden um 45° entspricht), kommt es zu einem Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot. Im folgenden Beispiel wird unterstellt, dies sei bei einem Volkseinkommen von 6 Mrd. € der Fall. Der

gesamtwirtschaftliche Gütermarkt ist im Gleichgewicht und wird keine weiteren Veränderungsimpulse aussenden. Was aber, wenn der Arbeitsmarkt gleichzeitig nicht im Gleichgewicht ist? Dies sei in Bild 3.10 erst bei 7 Mrd. € der Fall:

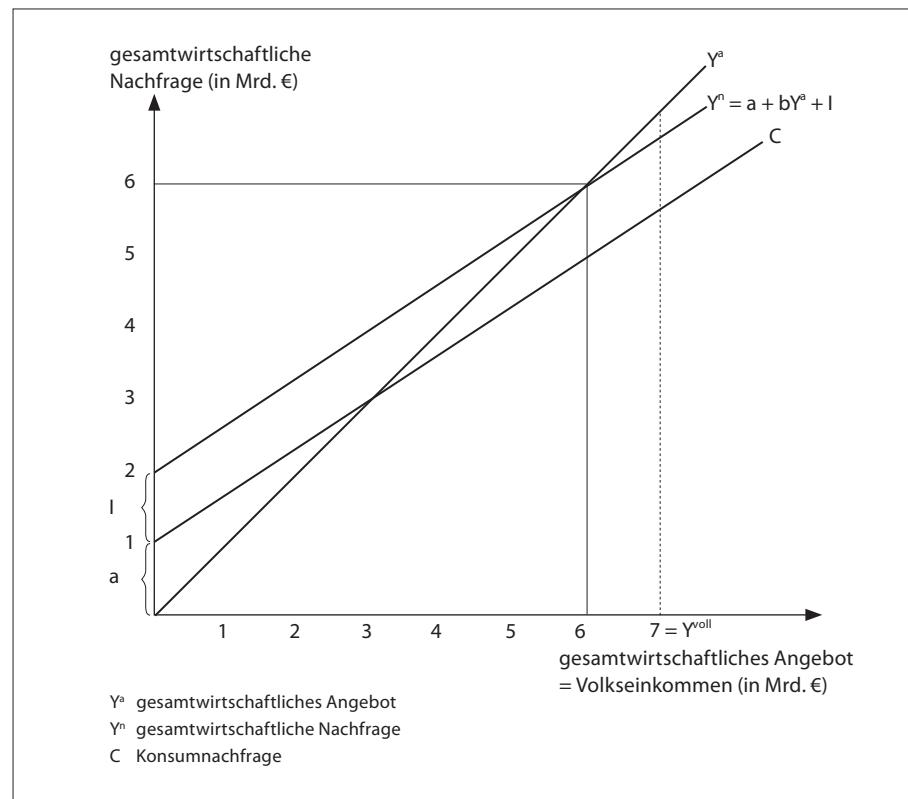


Bild 3.10 Das Gleichgewicht bei Arbeitslosigkeit

Da vom Gütermarkt keine weiteren Impulse ausgehen, verharren die Märkte bei einem **Gleichgewicht bei Arbeitslosigkeit**. In Bild 3.10 müsste also, um ein Gleichgewicht auf dem Gütermarkt bei gleichzeitigem Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt herzustellen, die Nachfragekurve (Y^n) nach oben verschoben werden. Erst durch Einflüsse von außen, etwa durch einen zusätzlichen staatlichen Impuls oder aber durch eine Lohnsteigerung, könnte die Güternachfrage gesteigert und das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt abgebaut werden.

Welchen Einfluss hat das **Sparen** auf das Volkseinkommen?

In Deutschland gilt Sparen als Tugend. Gespart wird immer mehr als 10 % des Volkseinkommens. Die gesparten Mittel nutzen die Unternehmen als Kredite für ihre Investitionen. Wenn aber mehr gespart wird, als die Unternehmen investieren wollen, sinkt der Preis für die Investitionen, der Zins. Langfristig führt dies zu einem Ausgleich von Ersparnissen und Investitionen. Kurzfristig jedoch orientieren sich die Unternehmen nicht am Zins, sondern an der Güternachfrage. Ist diese aber infolge hoher Ersparnisse niedriger als erwartet, werden die Unternehmen eben nicht mit einer Ausweitung ihrer Investitionen reagieren, weil die Zukunftsaussichten schlecht sind (s. Bild 3.11):

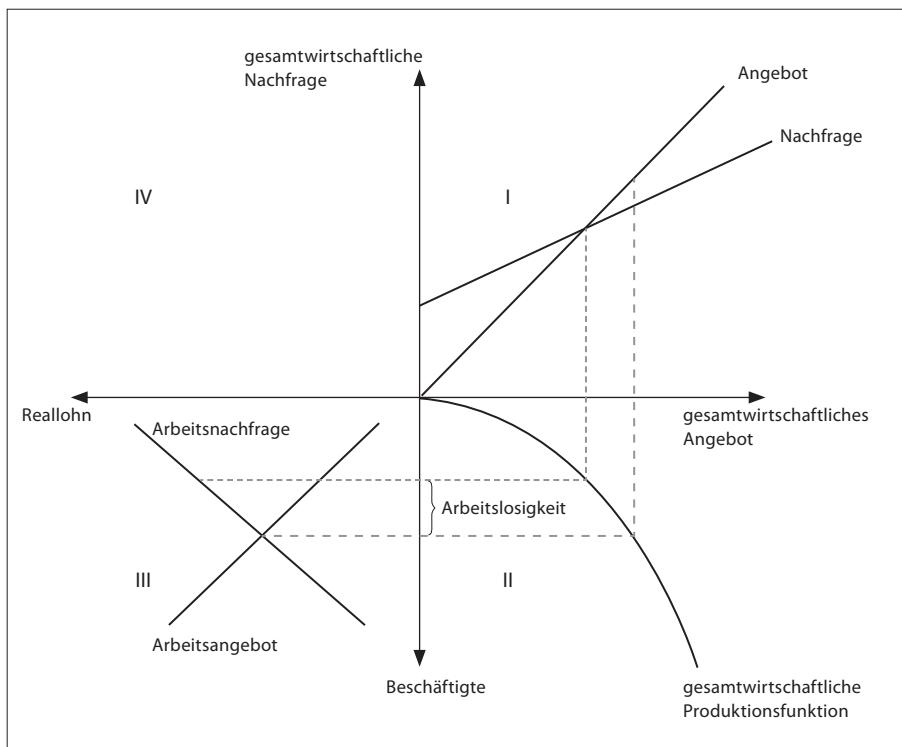


Bild 3.11 Güternachfrage und Arbeitslosigkeit

Zusammenfassung

Fassen wir das **makroökonomische Modell** des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zusammen (vgl. Bild 3.11; die Verbindung zwischen den Quadranten wird durch die jeweiligen Theorien der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und des Gleichgewichts auf dem Arbeitsmarkt hergestellt²⁾):

Ein Gleichgewicht auf dem Gütermarkt (Quadrant I) ergibt sich dadurch, dass das durch die Produktion entstehende (Volks-)Einkommen für Konsum, Investitionen und Staatsausgaben (ohne Berücksichtigung des Auslands) verausgabt wird. Die dafür benötigten Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital werden über die herrschende Produktionstechnologie (Quadrant II) bedingt (abgebildet durch die gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion) auf den Arbeits- bzw. Kapitalmärkten nachgefragt. Ob auf dem Arbeitsmarkt (Quadrant III) damit bereits Vollbeschäftigung herrscht, ist nach Auffassung der keynesianischen Lehre eher unwahrscheinlich.

Es kommt zu einem Gleichgewicht auf den Gütermärkten (I) bei Arbeitslosigkeit (III).

Anmerkung:

Angesichts der Arbeitslosigkeit, die seit Mitte der 1970er-Jahre in Deutschland herrscht, könnte man geneigt sein, die **klassische Theorie** als völlig realitätsfremd abzulehnen und sich voll und ganz der **keynesianischen Lehre** zu ver-

² Die Quadranten geben stets nur positive Mengen und Wertrelationen wieder. Sie sind nicht so zu verstehen, dass links von der Ordinate und unterhalb der Abszisse die Zahlenwerte negativ sind.

schreiben – wie es bspw. bei den Gewerkschaften und ihnen nahe stehenden Parteivertretern häufig anzutreffen ist.

Hohe Arbeitslosigkeit kann z. B. durch Nachfrageausfälle entstehen. Dann müssten Nachfrageimpulse des Staates eigentlich erfolgreich sein. Wenn diese aber etwa für weitere Lohnerhöhungen oder aber auch für Preissteigerungen der Unternehmen verwendet werden, verpuffen die Effekte. Staatliche Retraktionsaktionen – wie z. B. beim „Holzmann-Konzern“ vor einigen Jahren oder in jüngster Zeit bei „Opel“ – verhindern schließlich auch eine für den Markt typische Abstrafung schlechter Unternehmenspolitik.

Hohe Arbeitslosigkeit kann sich auch dadurch ergeben, dass infolge von Tarifverträgen und Mindestlöhnen Arbeitsplätze mit niedriger Produktivität zu teuer bezahlt werden müssen. Unternehmen weichen dann in Billiglohnländer aus oder ersetzen Arbeitsplätze für einfache Arbeiten durch Maschinen. – Dass Menschen mit geringen Qualifikationen von gewissen, sehr niedrigen Marktlohnen nicht (über-)leben können, ist die andere Seite der Medaille. Als alternative Lösungen bieten sich Qualifizierung und staatliche Transfers an.

3.2.4 Geldmenge, Zins und Preisniveau

Benötigt eine Wirtschaft Geld? Und wenn ja, zu welchem Zweck?

Manchmal ist zu lesen, dass eine Wirtschaft erst durch das Geld verkommt.

Exkurs: Wirtschaftskrise 2009

Diese **Wirtschaftskrise** wurde durch den Bankensektor ausgelöst, der hemmungslos Kredite vergab, diese durch Wertpapiere absicherte und sie wiederum als Finanzierungsinstrumente auf den Markt warf. Schulden wurden durch neue Schulden abgesichert.

Der Zins als Preis für die Verleihung von Geld hat bei Anlegern wie Schuldern die Phantasien beflügelt und die Konten der Vermittler durch Bonizahlungen gefüllt. Wie in einem (verbotenen!) Schneeballverfahren zahlen die zuletzt einsteigenden Anleger die Zeche (in diesem aktuellen Fall wohl der Steuerzahler). Da durch die Kredite des einen der Konsum des anderen bezahlt wurde, führte der Zusammenbruch der Kreditblase zunächst dazu, dass Schuldner ihre Schulden nicht zurückbezahlen konnten, was wiederum deren Gläubiger, die anderen Institutionen gegenüber Schulden haben, in Zahlungsschwierigkeiten brachte. Infolge des Zusammenbruchs des Kreditmarktes kam es zu einem dramatischen Einbruch des Konsums.

Offensichtlich hat das Geldmengenwachstum einen erheblichen Einfluss auf die Realwirtschaft. Der Zusammenbruch des Intrabankenverkehrs gefährdet nach der Kreditkrise die reale Wirtschaft. Die Banken verleihen untereinander kein Geld mehr, weil sie gegenseitig kein Vertrauen mehr haben: Wie viele ungesicherte Schulden hat mein Geschäftspartner? Dieses Misstrauen wirkt sich auch auf die reale Wirtschaft aus: Kreditlinien für Unternehmen werden gestrichen, Kredite an hohe Hürden und Risikozuschläge geknüpft. In der realen Wirtschaft ist man aber auf eine Kreditfinanzierung unmittelbar angewiesen: Langfristige Ausgaben, wie Investitionen, werden ebenso über Kredite finanziert wie die laufenden Geschäftsausgaben, wenn sie nicht durch die laufenden

Einnahmen gedeckt sind (Innenfinanzierung). Fehlen die notwendigen Kredite, geraten die Unternehmen und Haushalte in Liquiditätsschwierigkeiten, die sie durch drastische Ausgabenkürzungen vermeiden wollen.

Funktionen und Arten des Geldes

Bevor wir den Einfluss des Geldes und des Zinses auf die reale Wirtschaft genauer anschauen, wollen wir die Funktionen des Geldes und seine Arten betrachten.

Die **Geldfunktionen** sind:

1) **Rechenfunktion:**

Geld „bewertet“ Äpfel und Birnen so, dass unterschiedliche Leistungen vergleichbar werden. Die Haushaltsführung und damit auch die doppelte Buchführung in den Betrieben sind nur denkbar, wenn Ausgaben und Einnahmen nicht in Mengen, sondern in Werten gemessen werden. Geld dient dadurch als **einheitlicher Knappheitsindikator**. Grundsätzlich könnten auch reale Dinge diese Leistungen übernehmen. Was ist die Arbeitsleistung eines Sozialarbeiters in realen Dingen wert – eine Kiste Äpfel oder zwei Kisten Birnen? Wie viel macht dies in Bezug auf einen Kinoeintritt, ein Wellnesswochenende oder eine Handwerkerstunde aus? Ein einheitlicher Wertmaßstab erleichtert die Umrechnung ungemein.

2) **Tauschfunktion:**

Sein Einkommen kann der Sozialarbeiter gegen Kartoffeln, Tulpen oder Zigaretten tauschen. Er könnte natürlich statt Geld auch seine Arbeitsleistung anbieten. Was erhält er aber, wenn der Bauer, der Gartenbesitzer oder der Tabakwarenhändler seine Leistungen nicht haben wollen? Nehmen wir an, der Bauer hat ein Alkoholproblem sowie Depressionen. Die Hilfe des Sozialarbeiters nimmt er gerne an, sie vereinbaren zunächst einmal 20 Sitzungen. Dafür soll der Sozialarbeiter ein halbes Schwein erhalten. Wo bekommt der Bauer ein halbes Schwein her? Ein ganzes Schwein will er nicht opfern, also muss er auf einen weiteren Käufer warten, der ihm die zweite Hälfte zeitnah abnimmt, sonst verdirbt das Fleisch.

Geld hat in seinen unterschiedlichen Ausgestaltungsformen einen erheblichen Vorteil gegenüber dem direkten Naturaltausch. Wenn es allgemein akzeptiert ist, erleichtert es den Tausch erheblich. Bauer und Sozialarbeiter müssen sich nicht auf ein kompliziertes Austauschverhältnis einigen und Dritte in den Tausch mit einbeziehen, sondern können Leistung gegen Geld und Schwein gegen Geld tauschen. Vielleicht mag der Sozialarbeiter gar kein Schwein, sondern lieber Gemüse, das aber der Bauer gar nicht im Angebot hat. Geld verringert die Anzahl der möglichen Tauschrelationen auf die Hälfte. Durch seine beliebige Teilbarkeit erleichtert zudem das Geld als Zwischentauschmittel den Tausch unterschiedlich wertvoller Leistungen. Als Tauschmittel eignen sich daher Dinge, die allgemeine Anerkennung finden. Sie müssen von Wert sein. Deshalb wurden in den letzten Jahrtausenden immer wieder Edelmetalle als Zahlungsmittel akzeptiert.

3) Wertaufbewahrungsfunktion:

Der Sozialarbeiter erhält ein Gehalt, mit dessen Hilfe er einkaufen kann. Würde er in Naturalien bezahlt werden, hätte er ein erhebliches Lagerproblem. Ein Schwein kann man zwar zur Not in seiner Gefriertruhe lagern. In Wirtschaften, die die Tauschfunktionen des Geldes eingeschränkt oder weitgehend außer Kraft gesetzt haben, müssen die Wirtschaftssubjekte dagegen Waren wie Baumaterial horten, um sie im Bedarfsfall als Tauschmittel einsetzen zu können. Als Wertaufbewahrungsmittel eignen sich daher nur Gegenstände, die ihren Wert über die Zeit behalten, also nicht verderben. Geld dagegen verdirbt nicht und lässt sich leicht von einem zum anderen Ort transportieren.

Wie gut die Geldfunktionen genutzt werden können, hängt zum Teil auch davon ab, was als Geld akzeptiert wird. Die Geldfunktionen werden von den Gegenständen wahrgenommen, die als Geld bzw. als Währung akzeptiert werden (z. B. Gold, Silber, Münzen, Banknoten, aber auch Zigaretten, Muscheln oder Tulpen). Eine Währung stellt die staatliche Ordnung des Geldwesens dar. Werden das Geld und damit auch die Geldfunktionen an andere Werte gebunden, wird der Wert des Geldes von diesen Gütern bestimmt. In der Vergangenheit war dies die Bindung an ein Edelmetall, bevorzugt Gold. Die Geldfunktionen waren an die Bewertung des Goldes geknüpft. Die Zentralbank (Notenbank) war verpflichtet, Banknoten jederzeit in Gold umzutauschen. Der Nachteil war, dass die Menge des Goldes nicht in dem Maße zunahm wie das wirtschaftliche Wachstum, so dass das wirtschaftliche Wachstum limitiert und von der Menge der vorhandenen Goldreserven abhängig war. Außerdem konnte Gold nicht ohne Weiteres und nur unter großen Gefahren transportiert werden. Vorteil der gebundenen Währungen war die Wertbeständigkeit des Goldes. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Goldwährung durch eine durch Gold und Devisen abgesicherte Währung ersetzt. Der Geldumlauf war zwar an den Gold- und Devisenbestand gekoppelt, es bestand aber keine Eintauschpflicht mehr. 1973 wurde das System aufgegeben und die **Regulierung der Geldmenge** seitdem der jeweiligen **Zentralbank** überlassen. Vorrangiges Ziel der Zentralbanken (wie etwa früher der Deutschen Bundesbank und heute der Europäischen Zentralbank) ist es, den nationalen und internationalen Zahlungsverkehr möglichst störungsfrei und den Wert der Währung stabil zu halten.

Nimmt die Geldmenge zu, sinkt tendenziell der **Wert des Geldes**, wenn nicht in gleichem Maße die Nachfrage nach Geld zunimmt. Die Nachfrage nach Geld ist wiederum vor allem von der Tausch- und der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes abhängig.

Wie kommt Geld in den Umlauf? Früher entstand Geld durch Goldfunde und Prägung von Goldmünzen. Was bedeutet es, wenn man liest, die Zentralbank als Hüterin der Währung werfe die Notenpresse an? Grundsätzlich kommt dann Geld in den Kreislauf, wenn die Notenbank Vermögen kauft oder Kredite gewährt. Zu Vermögenswerten zählen Gold, Wertpapiere und ausländische Devisen. Eine Möglichkeit der **Geldmengenausweitung** besteht darin, dass sich die Regierung im Rahmen von Konjunkturprogrammen durch Kreditaufnahme bei der Notenbank verschuldet.

Das zusätzliche Geld fließt durch erhöhte Sozialausgaben, durch Investitions- aber auch Rüstungsprogramme zu den einzelnen Wirtschaftssubjekten, die einen Teil des Geldes bei ihrer Bank hinterlegen. Die Banken können wiederum dieses Geld an Unternehmen und Haushalte verleihen. Dabei schöpfen sie weiteres Geld. Das sei beispielhaft an folgendem Vorgang verdeutlicht:

Als Sozialpädagogin erhalten Sie einen monatlichen Betrag von 2.000 € auf Ihr Konto. Dieses Geld kann die Bank verleihen, solange Sie nicht darüber verfügen. Eine gewisse Reserve muss die Bank jedoch vorhalten, weil Sie vielleicht einen Teil des Betrages abheben und sich bar auszahlen lassen. Wenn die Bank eine solche Mindestreserve von 20 % der Einlagen vorhält (vorhalten muss!), kann sie 1.600 € weiter verleihen. Dieser Betrag geht an einen Schuldner, der sich einen neuen Wagen kaufen will. Den Betrag zahlt er bei der Bank des Autohauses ein, die ihrerseits abzüglich einer Mindestreserve wiederum 80 % des Geldbetrages verleihen kann.

Da immer 80 % verliehen werden können, wird aus dem Zentralbankgeld von 2.000 € ein Geldbetrag von insgesamt 10.000 €. Der **Geldschöpfungsmultiplikator** von 5 resultiert aus einer **Mindestreserve** der Bank von 20 %.

Diese Geldschöpfung der Banken muss die Zentralbank durch Einschränkung oder Ausweitung der Zentralbankgeldmenge und durch Verschärfung oder Lockerung der Mindestreservenpolitik steuern. Allerdings entsteht dabei ein **Vertrauensproblem**:

Da in unserem Beispiel die fünffache Menge des Zentralbankgeldes verliehen wurde, dürfen nicht alle Gläubiger mit einem Mal ihre Forderungen gegenüber den Banken (also ihr Bankguthaben) abheben. In einem solchen Fall wären nur 20 % der Bankguthaben abgesichert. Ein Sturm auf die Banken aus Sorge um die eigenen Geldbestände würde sofort zu einem Zusammenbruch der Banken führen. Deshalb wurde der Rettung von Banken in Notsituationen immer allerhöchste Priorität eingeräumt, um einen massiven Vertrauensverlust und damit einen **Dominoeffekt** zu vermeiden.

Das **Geldangebot** wird bestimmt durch das Zentralbankgeld und das bei Geschäftsbanken angelegte Geld. Je nachdem, welche Guthaben bei den Banken gehalten werden, sind **drei Geldmengen** zu unterscheiden:

- M_1 : Bargeld und Sichtguthaben (Girokonten) der Nichtbanken bei den Geschäftsbanken.
- M_2 : M_1 plus den Spareinlagen bis zu einer Kündigungsfrist von drei Monaten sowie Termineinlagen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren.
- M_3 : M_2 plus Schuldverschreibungen der Banken mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren und Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralbank.

Die Geldmenge M_1 dient überwiegend der **Tauschfunktion des Geldes**, die Geldmengen M_2 und M_3 der **Wertaufbewahrung**.

Zins

Je höher der Marktzins ist, desto interessanter ist es für die Banken, Geld anzubieten.

Die Geldnachfrage der Haushalte und Unternehmen ist ebenfalls am Zins orientiert. Je höher der Zins, desto mehr werden Haushalte sparen, benötigen also kein Geld. Geld benötigen sie, wenn sie Käufe tätigen wollen. Je niedriger der Zins für Wertpapiere, desto mehr fragen sie Geld nach, das sie für den Konsum verausgaben. Ein weiteres Motiv dafür, um Geld zu halten, ist Zukunftsangst. Wenn nicht klar ist, ob man in Zukunft noch günstig Geld ausleihen kann, wird Geld als Zukunftsabsicherung vorgehalten.

Das Geldangebot wird von der Zentralbank und von den Geschäftsbanken in Abhängigkeit vom Zins bestimmt. Infolge der Mindestreserve ist ab einer bestimmten, von der Zentralbank festgelegten Größe, keine Geldschöpfung mehr möglich, so dass ab dieser Menge das Geldangebot unabhängig vom Zins festliegt. Die Geldnachfrage dagegen nimmt mit sinkendem Zins zu. Der sinkende Zins regt die Konsumnachfrage und damit auch die Geldnachfrage an. Erweitert die Zentralbank durch Kreditgewährung die Geldmenge (M_1 nach M_2), verschiebt sich die Angebotskurve (A_1 nach A_2), so dass bei sinkendem Zins (i_1 nach i_2) mehr Geld nachgefragt und angeboten wird (s. Bild 3.12). Zugleich führt der sinkende Zins dazu, dass weniger gespart und mehr investiert wird. Die Haushalte und Unternehmen fragen also mehr Güter nach, die Wirtschaft wird angekurbelt und wächst.

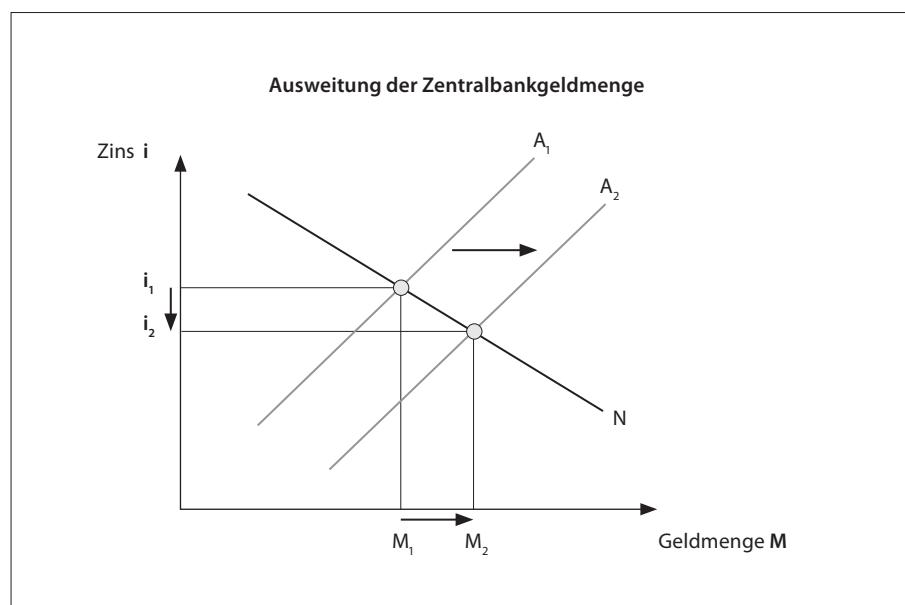


Bild 3.12 Der Geldmarkt und die Ausweitung der Geldmenge

In Deutschland hat man mit dem „Anwerfen der Druckerresse“ allerdings sehr schlechte Erfahrungen gesammelt. Geldmengenausweitungen führen zu einer steigenden Güternachfrage und bei gleichem Güterangebot zu steigenden Güterpreisen. Der allgemeine Anstieg der Preise wird als **Inflation** bezeichnet. Steigende Preise führen dazu, dass diejenigen, die sich heute Geld leihen und es später zurückzahlen, einen Vorteil haben. Inflation führt darum zu einer Bevorzugung der Schuldner. Bevorzugt werden zudem diejenigen, die ihr Geld in Sachwerten, d. h. vor allem in Grundstücken und Gebäuden, anlegen können. Darum werden in der Inflation vor allem Haushalte mit niedrigen Einkommen besonders benachteiligt.

Die Wertaufbewahrungsfunktion wird, je höher die allgemeine Preissteigerungsrate ist, empfindlich gestört. Da die Kaufkraft des Geldes sinkt, versuchen die Individuen je nach Höhe der Inflationsrate, sich möglichst schnell von ihrem Geld zu trennen. Sinkende Kaufkraft führt zu einer Entwertung der Löhne, weshalb meist auch die Gewerkschaften höhere Löhne fordern. Die steigenden Lohnkosten können die Unternehmen aufgrund der hohen Nachfrage nach ihren Gütern wiederum mit steigenden Preisen beantworten. Es setzt eine **Inflationsspirale** ein. Je höher die Inflationsraten sind, desto mehr verliert das Geld seine Tausch- und letztlich auch seine Rechenfunktion. Alternative Währungen (z. B. Zigarettenwährung) treten an die Stelle des bisherigen Geldes.

Die gesamtwirtschaftlichen Analysen der Makroökonomik verbinden in einer offenen Volkswirtschaft die Aggregate Haushalte, Unternehmen, Staat und Ausland miteinander. Gütermarkt, Arbeitsmarkt, Geld- und Kapitalmarkt beeinflussen sich gegenseitig. Die makroökonomische Theorie erklärt, wie simultan Einkommen, Beschäftigung und Preisniveau entstehen. Dabei zeigt sich, dass die klassische, optimistische Sicht, dass die Märkte sich selbst regulieren, keineswegs gegeben sein muss, sondern dass auch Gleichgewichtszustände im Gütermarkt bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit realistisch sind.

Zusammenfassung

Im folgenden Studienbrief 2-020-2802 „Wirtschaftspolitik“ (KORTENDIECK, 2013) wird deutlich werden, dass die Diagnosen der Ursachen von Arbeitslosigkeit, Inflation und Rezession keineswegs eindeutig sind und sich die Ökonomen einerseits über die Ursachen, andererseits über die richtigen Rezepte streiten. Hinter der Vorstellung, dass Märkte sich am besten selbst regulieren – sprich: selbst helfen – können, stehen vor allem liberale Ökonomen, die eher Arbeitgebermeinungen teilen und einen ausgeprägten Staatspessimismus zeigen. Arbeitslosigkeit entsteht danach durch zu hohe, nicht marktgerechte Löhne und Gehälter. Marktpessimismus wird vor allem von Vertretern geteilt, die den Gewerkschaften und staatlichen Lösungen nahe stehen. Für sie resultiert Arbeitslosigkeit aus fehlender Kaufkraft der breiten Schichten der Bevölkerung und aus Nachfragermangel.

Kontrollfragen

- K 3.1** Erläutern Sie, wie das Bruttoinlandsprodukt gemessen wird!
- K 3.2** Welche makroökonomischen Aggregate werden unterschieden? In welchen gesamtwirtschaftlichen Märkten agieren sie?
- K 3.3** Was unterscheidet eine Ex-post-Analyse von einer Ex-ante-Analyse?
- K 3.4** Erklären Sie die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in einer geschlossenen Volkswirtschaft!
- K 3.5** Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Konsum- und der Sparfunktion?
- K 3.6** Von welchen Faktoren hängt die Geldnachfrage ab?
- K 3.7** Welche Funktionen erfüllt Geld im Allgemeinen?
- K 3.8** Was unterscheidet klassische von keynesianischer Arbeitslosigkeit?